

Schwäbische Zeitung



FOTO: DPA

Gemeinderat erteilt Einvernehmen
Mehrheit stimmt in öffentlicher Sitzung
gestern Abend dafür. Seite 15

Fotograf porträtiert Pfrunger Ried
Wolfgang Veeseer aus Krauchenwies mit in-
teressanten Naturaufnahmen. Seite 18



FOTO: ARCHIV

Mo.-Fr. € 1,70 | Sa. € 2,00

UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR CHRISTLICHE KULTUR UND POLITIK

Freitag, 23. Dezember 2016



Auf dem Schellenberg sollen drei Windkraftanlagen gebaut werden. Der Gemeinderat Bad Saulgau erteilt in der Sitzung am gestrigen Donnerstag das Einvernehmen – im zweiten Anlauf. Beim ersten Mal wurde es noch verweigert.
FOTO: OLIVER BERG/DPA

Windkraft: Rat erteilt Einvernehmen

17 Ja-Stimmen, zehn Nein-Stimmen, eine Enthaltung – Verweigerung war rechtswidrig

Von Dirk Thannheimer

BAD SAULGAU - Der Gemeinderat Bad Saulgau hat gestern Abend in öffentlicher Sitzung im Stadtforum das gemeindliche Einvernehmen für den Bau von drei Windkraftanlagen auf dem Schellenberg erteilt – bei 17 Ja-Stimmen, zehn Nein-Stimmen und einer Enthaltung. In der Gemeinderatssitzung Ende November wurde das Einvernehmen bei der Abstimmung noch verweigert. Der ablehnende Beschluss vor vier Wochen wird durch die gestrige Zustimmung ersetzt.

Die CDU-Fraktion hatte in der November-Sitzung den Antrag gestellt, das gemeindliche Einvernehmen zu verweigern, weil die Windkraftanlagen nachhaltig eine bestimmte Planung der Gemeinde störe. Die CDU begründete ihren Antrag unter anderem damit, dass beispielsweise der Schattenwurf eine erhebliche Beeinträchtigung für die Bewohner von Renhardsweiler, Bierstetten, Steinbronnen und Braunweiler bedeuten würde. Oder

dass die Abstände zur Wohnbebauung zu gering seien. Die Mehrheit des Gemeinderats folgte dem Antrag, weshalb das gemeindliche Einvernehmen erneut auf die Tagesordnung kam.

Schriftliche Stellungnahme

Das Landratsamt als Genehmigungsbehörde machte in seiner Stellungnahme deutlich, dass das gemeindliche Einvernehmen in der November-Sitzung rechtswidrig versagt worden sei. „Keiner der dargelegten Gründe kann als belastbarer Versagungsgrund dienen“, teilte Adrian Schiefer, Fachbereichsleiter Umwelt und Arbeitsschutz vom Landratsamt Sigmaringen, schriftlich mit. Dennoch wollten die meisten Mitglieder der CDU-Fraktion gestern Abend erneut das gemeindliche Einvernehmen verweigern. Klaus Nerlich von der CDU begründete dies damit, dass die Unterlagen des Landratsamts unvollständig gewesen seien und die Begründungen nicht greifen würden.

Nerlich bezog sich vor allem auf die Schattenwurfprognose, „ein vom

Antragsteller selbst erstelltes Papier“. Die Messdaten würden einer Software entspringen, die weder geprüft noch zertifiziert seien, ergänzte Nerlich. Rückendeckung erhielt Nerlich aus den Reihen der CDU von Larissa Lott-Kessler, die lieber auf die Aussagen von unabhängigen Gutachtern vertraue – insbesondere bei einer Anlage, die im Echtbetrieb bis heute nicht existiere.

Für das gemeindliche Einvernehmen sprachen sich hingegen fast geschlossen die SPD, die Freien Wähler und die Fraktion Junge Liste/Grüne aus. „Wir haben uns ausführlich darüber unterhalten. Wir sehen keine bauplanungsrechtlichen Gründe, die gegen das Einvernehmen sprechen“, sagte die SPD-Fraktionsvorsitzende Helga Brey. Bei der Abstimmung verweigerten Bernhard Scherer (SPD) und Stefan Schädler (Junge Liste) das Einvernehmen. Von der CDU-Fraktion stimmten Stefan Oßwald und Alfred Härle für das Einvernehmen.

Elisabeth Gruber von den Freien Wählern verstehe zwar die Ängste und Sorgen der Bürger aus den be-

troffenen Ortschaften. „Wenn wir das Einvernehmen aber nicht herstellen, wird es vom Landratsamt ersetzt“, so Gruber.

Bevor der Rat für das gemeindliche Einvernehmen abstimmte – wobei alle Stimmen namentlich protokolliert wurden – erinnerte Bürgermeisterin Doris Schröter noch einmal an den Regierungsauftrag, Windenergie zu fördern. Sie habe Verständnis für die Befürchtungen, „aber wir müssen auch an die nachfolgenden Generationen denken“, so Schröter. Und andere privilegierte Vorhaben wie große Schweineställe oder Biogasanlagen würden auf deutlich mehr Akzeptanz stoßen als Windkraftanlagen.

Wie es nun weitergeht? Die Firma Uhl aus Ellwangen hat den Bauantrag längst gestellt, die Verein Zukunft Natur hat bereits mit einer Klage gedroht, falls das Landratsamt die Baugenehmigung erteilt. Verwaltung und Gemeinderat scheiden nach dem gemeindlichen Einvernehmen nun endgültig aus dem Verfahren aus.